

Die Mieterschutz-Verordnung.

Der zweite Vorsitzende des Mietervereins des Groß-Berliner Bezirkes, Moriz Albu, schreibt uns:

Die in Aussicht gestellte Wandlung der geltenden Mieterschutzordnung ist zwar der Oeffentlichkeit inhaltlich bekanntgegeben, doch liegt sie ihrem Wortlaute nach noch nicht vor. Man muß sich bei der Beurteilung also noch gewisse Beschränkungen auferlegen. Daß eine die Zuständigkeit der M. E. U. erweiternde Bestimmung, auch da eingreifen zu können, wo das Mietverhältnis ohne Kündigung abläuft, für die Mieterschaft wertvoll ist, geht schon aus den Bestrebungen der Vermieter hervor, durch Nicht-Aufnahme einer Kündigungsklausel im Mietvertrage die Anrufung der M. E. U. unmöglich zu machen. Dem ist jetzt ein Riegel vorgeschoben worden. Auch daß fortan die Ufster- sowie die Wettervermietung der Begutachtung der M. E. U. unterstellt ist, wird vom Mieterstandpunkt aus als nützlich und notwendig angesehen werden dürfen.

Die Vertragsfreiheit bei Neuvermietungen hat in dieser Zeit der Wohnungsnot ganz besonders in den westlichen Bezirken Groß-Berlins zu maßlosen Forderungen der die Zeitverhältnisse ausnutzenden Vermieter geführt. So werden heute für 4-Zimm. Wohnungen in der Nähe des Bayerischen Platzes, ohne daß die Wohnungen erst als vermietbar angekündigt werden müssen, bis 2500 M. bezahlt, gegen 1600—1750 M. im Jahre 1915. Daß dadurch die in solchen Häusern mit längeren Verträgen wohnenden alten Mieter dem Hauswirt gegenüber in eine schlechte Lage kommen, von ihm als lästig angesehen und schlecht behandelt werden, damit sie möglichst schnell aus dem Hause kommen, ist erklärlich.

Die Forderung der Mieter, zu verbieten, daß die M. E. U. ber den vom Vermieter verlangten Betrag hinaus den Mietzins erhöhen dürfen, eine Forderung, die auf Grund bestimmter Vorkommnisse gestellt worden war, scheint nicht berücksichtigt worden zu sein. Die M. E. U. haben sich im allgemeinen bewährt, sie sind aber, wie alle menschlichen Einrichtungen zu beurteilen, und wenn der juristisch vorgebildete Vorsitzende, der die Befähigung zum Richteramt haben muß, zufällig mehr nach der Hausbesitzerseite hinneigt, so ist es fast sicher, daß er die Forderungen des Mieterklaggers etwas schärfer ansieht als die des Vermieters. Aber „ne eat iudex ultra partem“, dieser Grundsatz sollte an sich schon vor Uebergreifen Schutz bieten.